

**Klausurtagung
des Arbeitskreis Arbeit und Soziales, Jugend und
Familie der CSU-Landtagsfraktion
am 17./18. September 2025
in Berlin**



**„Reform des Sozialstaats – endlich
wieder gestalten statt nur verwalten“**

1 Unser Sozialstaat ist eine der größten Errungenschaften unseres Landes. Er steht für
2 Sicherheit in Notlagen, Schutz vor Armut und für den gesellschaftlichen Frieden, der
3 unsere Demokratie trägt. In Jahrzehnten wurde er ausgebaut, modernisiert und
4 weiterentwickelt. Er ist ein sichtbarer Ausdruck unseres christlich-sozialen
5 Wertefundaments, das auf Solidarität, Mitmenschlichkeit und Verantwortung setzt.

6 Doch in den vergangenen Jahren ist deutlich geworden: Unser Sozialstaat droht unter
7 seiner eigenen Last zu erlahmen. Ein immer dichterer Regelungsdschungel,
8 demografischer Wandel, Arbeits- und Fachkräftemangel sowie Missbrauch von
9 Leistungen gefährden seine Funktionsfähigkeit. Zugleich wächst die Unzufriedenheit
10 vieler Menschen: Sie haben das Gefühl, dass sich Arbeit nicht mehr lohnt, dass
11 Solidarität zur Einbahnstraße geworden ist und dass der Staat zu viel verwaltet, aber
12 zu wenig gestaltet.

13 Wir erleben, dass Vertrauen in die Politik und in die Steuerungsfähigkeit des Staates
14 schwindet. Gleichzeitig erwarten die Menschen zu Recht, dass ihre Anstrengung
15 Anerkennung findet. Wer arbeitet, muss mehr haben als jemand, der nicht arbeitet.
16 Nur so bleibt der Sozialstaat gerecht, nur so bleibt er akzeptiert.

17 Vor diesem Hintergrund ist eine umfassende Reform des Sozialstaats unumgänglich.
18 Es geht nicht darum, weniger zu helfen, sondern effizienter zu helfen. Es geht darum,
19 den Sozialstaat wieder auf seine eigentliche Aufgabe zu konzentrieren: Schutz und
20 Unterstützung für diejenigen, die ihn wirklich brauchen – und klare Anreize für
21 diejenigen, die ihre Arbeitskraft einbringen können.

22 Wir als CSU bekennen uns zum Sozialstaat als Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Für
23 uns gilt: Solidarität und Leistung gehören untrennbar zusammen. Solidarität setzt
24 Leistungsbereitschaft voraus. Und nur wenn beides im Gleichgewicht steht, bleibt
25 unser Land sozial, gerecht und stark.

26 Arbeit ist dabei der Schlüssel. Sie bildet die Basis unserer Sozialen Marktwirtschaft,
27 schafft Wohlstand, finanziert den Sozialstaat und gibt den Menschen Selbstwert und
28 Perspektive. Deshalb muss unser Sozialstaat alles daransetzen, mehr Menschen in
29 Arbeit zu bringen, statt Abhängigkeiten zu verstetigen.

30 Damit verbunden ist auch die Verantwortung gegenüber kommenden Generationen.
31 Immer mehr Steuerzahler und immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr
32 Leistungsempfänger aufkommen. Diese Entwicklung gefährdet die Stabilität unserer
33 sozialen Sicherungssysteme. Generationengerechtigkeit ist deshalb unser Maßstab –
34 wir dürfen nicht zulassen, dass die Jüngeren unter einer immer höheren Abgabenlast
35 zusammenbrechen.

Ein Sozialstaat, der dauerhaft trägt, darf kein Dauerzustand für Bequemlichkeit sein. Er muss Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen und Eigenverantwortung stärken: Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Wer arbeiten will, muss unterstützt werden. Und wer nicht arbeiten kann, darf auf die Solidarität der Gemeinschaft vertrauen.

Dafür braucht es aber auch Strukturen, die nachvollziehbar und effizient sind. Heute verlieren sich die sozialen Sicherungssysteme in einer kaum noch durchschaubaren Vielzahl von Leistungen und Paragraphen. Mit ca. 170 verschiedenen Sozialleistungen und einem Dschungel aus Zuständigkeiten ist das System für viele Bürgerinnen und Bürger kaum mehr verständlich. Wir wollen deshalb Ordnung schaffen: klare Regeln statt unnötiger Bürokratie, effiziente Verfahren statt endloser Verwaltung. Ein zukunftsfester Sozialstaat braucht jedoch mehr als nur Strukturen und Regeln – er braucht auch ein neues Bewusstsein für Zusammenhalt und Verantwortung. Neben finanzieller Solidarität gehört dazu der persönliche Einsatz jedes Einzelnen für die Gemeinschaft. Eine verpflichtende Gesellschaftszeit kann dazu beitragen, dass junge Menschen Verantwortung übernehmen, soziale Berufe oder die Bundeswehr kennenlernen und der Zusammenhalt in unserem Land gestärkt wird.

Am Ende muss ein Sozialstaat entstehen, der fair, gerecht und zukunftsfest ist – einer, der Chancen eröffnet, statt Stillstand verwaltet.

Damit der Sozialstaat diese Prinzipien in den kommenden Jahrzehnten erfüllen kann, braucht es konkrete Reformen. Wir wollen klare Prioritäten setzen, Fehlentwicklungen korrigieren und neue Impulse geben. Deshalb fordern wir:

1. Bürgergeld reformieren – Fördern und Fordern stärken

Das Bürgergeld muss wieder seinen ursprünglichen Zweck erfüllen: Hilfe zur Selbsthilfe und mehr Eigenverantwortung für die Menschen, die gerade nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen können. Wir setzen uns daher für eine grundlegende Reform ein. Dazu gehören

- verbindliche Mitwirkungspflichten von Anfang an, klare Sanktionen bei Totalverweigerung und verpflichtende Eigenbemühungen mit belegbaren Nachweisen sowie gleichzeitig verbesserte Anrechnungsmöglichkeiten für jene, die arbeiten und in Eigenverantwortung aus der Grundsicherung herauskommen wollen (vgl. IAB-Studie).
- Gleichzeitig müssen die Jobcenter von bürokratischen Fremdaufgaben entlastet und digital modernisiert werden: dafür braucht es einer von der BA bundesweit standardisierten, verbindlichen internationalen Standards gerecht werdenden Informations- und Kommunikationstechnologie für alle Jobcenter. Zusätzlich bedarf es des Once-Only-Prinzips, eines automatisierten Datenabgleichs und KI-gestützter Verfahren. Nur so können sich die Jobcenter wieder auf ihre Kernaufgabe konzentrieren: Arbeitsvermittlung statt Verwaltungsroutine.
- Wir müssen den hohen bürokratischen Überbau in den über 300 Jobcentern deutschlandweit reduzieren und die zum Teil hoch ineffizienten, kleinteiligen Strukturen hin zu leistungsfähigen Strukturen reformieren. Es gibt schon heute gute Beispiele, wo Landkreis und kreisfreie Stadt gemeinsam ein Jobcenter betreiben oder sich benachbarte Landkreise zusammenschließen.

- Jedes Jobcenter erbringt qua gesetzlicher Vorgabe sämtliche Leistungen und Services selbst. Es muss dringend ermöglicht werden, dass Jobcenter für ihre Leistungen Verbund-Strukturen aufbauen können, damit Effizienzen erschlossen und eine hohe Qualität für die Bürgerinnen und Bürger ermöglicht wird.
- Stringente Pauschalierung von Leistungen ist erforderlich, damit kleinteilige Berechnungen und überbordende Bürokratie künftig wegfallen. Dafür braucht es Mut bei der Bundesgesetzgebung.

2. Mehr Menschen in Arbeit bringen

Arbeit ist die Grundlage des Sozialstaats. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet sein, dass mehr Menschen ihren Beruf und ihre Familie bzw. die Pflege ihres Angehörigen besser miteinander vereinbaren können. Wir wollen nicht länger über Flexibilisierung reden, sondern sie endlich im Arbeitszeitgesetz umsetzen. Das Bundesarbeitsministerium muss bis zum Jahresende konkrete Ergebnisse aus dem Dialog mit den Sozialpartnern in Form eines Gesetzentwurfes vorlegen, um die tägliche Höchstarbeitszeit durch eine wöchentliche Regelung zu ersetzen. Die vereinbarten Schritte aus dem Koalitionsvertrag müssen zeitnah umgesetzt werden. So schaffen wir mehr Spielräume für Familien, erhöhen die Produktivität und stärken zugleich die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Darüber hinaus wollen wir Überstundenzuschläge für Vollzeitkräfte steuerfrei stellen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Das Bundesarbeitsministerium und das Bundesfinanzministerium müssen umgehend die notwendigen Schritte einleiten, damit diese Entlastung tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt. Die Menschen erwarten, dass Mehrarbeit schnell und spürbar belohnt wird.

Parallel dazu brauchen wir eine Ausbildungsoffensive für junge Menschen ohne Berufsabschluss, noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie bundesweit einen schnelleren und unbürokratischeren Zugang für Fachkräfte aus dem Ausland – nach bayerischem Vorbild mit einer Fast Lane. Dafür müssen im ersten Schritt die Zugangswege nach Deutschland durch das effiziente Zusammenschließen von Visa-Stellen in den Konsulaten, Ausländerbehörden und Arbeitsmarktzulassungen über einen modernen IT-Workflow beschleunigt und vereinfacht werden. Im zweiten Schritt muss dann die Berufsanerkennung von Kammern, Ländern und sonstigen zuständigen Stellen auf diesen Workflow aufgeschaltet werden. Nur so gewinnen wir Tempo!

3. Sozialstaat effizienter und transparenter machen

Unser Sozialstaat ist zu komplex geworden. Wir wollen deshalb eine radikale Vereinfachung: Sozialleistungen bündeln, Zuständigkeiten vereinfachen und Bürokratie abbauen. Gesetzeslücken, die Missbrauch ermöglichen, müssen geschlossen werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, die Sozialabgabenquote auf maximal 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns zu begrenzen und die Sozialleistungsquote stabil zu halten.

Mit der Einsetzung der Kommission zur Sozialstaatsreform ist ein erster wichtiger Schritt getan. Entscheidend ist nun, dass diese Kommission bis Ende 2025 Vorschläge vorlegt, die in einer echten Reform münden, die dann auch zügig umgesetzt wird. Wir setzen uns für massive Rechtsvereinfachungen, eine konsequente Digitalisierung mit funktionierenden Schnittstellen und eine bessere Abstimmung der steuerfinanzierten Leistungen wie Bürgergeld,

130 Wohngeld und Kinderzuschlag ein. Der Sozialstaat braucht jetzt Klarheit und
 131 Mut zur Veränderung. Weitere Verzögerungen können wir uns nicht mehr
 132 leisten.

133 4. Demografiefeste Sicherungssysteme stärken

134 Die Alterung der Gesellschaft erfordert tragfähige Strukturen in Rente, Kranken-
 135 und Pflegeversicherung. Wir halten an der Rente mit 67 fest und setzen auf
 136 mehr Erwerbstätigkeit über den gesamten Lebensverlauf. Mit dem Rentenpaket
 137 wird das Rentenniveau bis 2031 stabilisiert; zugleich hat die CSU die
 138 Mütterrente III durchgesetzt – mit Start zum 1. Januar 2027. Dennoch erwarten
 139 wir für die langfristige Reform vom Bundesarbeitsministerium, die angekündigte
 140 Rentenkommission zügig einzusetzen und belastbare Ergebnisse spätestens
 141 bis 2027 vorzulegen. Das Ziel muss eine generationengerechte Finanzierung
 142 sein, welcher Leistungsgerechtigkeit wahr und verlässliche Haltelinien nicht
 143 zulasten der Beitragszahler überstrapaziert.

144 In der Krankenversicherung braucht es schnell wirksame Entlastungen und
 145 strukturelle Reformen, damit Beitragssätze stabil bleiben und Leistungen
 146 gesichert sind. Die aktuell angestoßenen Prozesse auf Bundesebene müssen
 147 konkrete Vorschläge liefern; Bayern und die CSU drängen seit Langem auf
 148 Bürokratieabbau und verlässliche Finanzierung. Gleiches gilt für die Pflege: Wir
 149 erwarten vom Bund eine umfassende Pflegereform, die pflegende Angehörige
 150 stärkt, Personalgewinnung erleichtert und die Soziale Pflegeversicherung
 151 finanziell stabilisiert – entsprechende Kommissions- und Gesetzesvorhaben
 152 sind zügig vorzulegen.

153 5. Bildung als Schlüssel zur sozialen Gerechtigkeit

154 Bildung eröffnet Chancen und schützt vor Abhängigkeit vom Sozialstaat. Die im
 155 Koalitionsvertrag vereinbarten, verpflichtenden bundesweiten
 156 Sprachstandserhebungen müssen überall zügig umgesetzt werden. Gerade
 157 beim Erwerb der deutschen Sprache gibt es erheblichen Verbesserungsbedarf.
 158 Fehlende Sprachkenntnisse und ein bildungsfernes Elternhaus wirken sich
 159 nachweislich negativ auf die späteren Arbeitsmarktchancen von Kindern aus.
 160 Besonders im Zusammenhang mit Migration treten diese Defizite deutlich
 161 zutage. Der aktuelle Bildungsmonitor zeigt zudem, dass die Qualität der
 162 Schulen in Deutschland insgesamt weiter nachgelassen hat. Als Ursachen
 163 werden wachsende Bildungslücken, Motivationsprobleme, ein unreflektierter
 164 Umgang mit digitalen Medien sowie die zusätzliche Belastung vieler Schulen
 165 durch Fluchtmigration genannt.

166 Darüber hinaus setzen wir uns für ein verpflichtendes Vorschuljahr in
 167 Verantwortung der Grundschule ein, um allen Kindern den bestmöglichen Start
 168 in die Schule zu ermöglichen. Doch gute Bildung bedeutet mehr, als alle auf
 169 denselben Weg zu schicken. Entscheidend ist, die unterschiedlichen
 170 Begabungen und Talente der Schülerinnen und Schüler ernst zu nehmen: Nicht
 171 jeder muss zum Abitur geführt werden – statt einer Absenkung des Niveaus,
 172 wollen wir praxisnahe Ausbildung und Fachkompetenzen fördern. Für uns sind
 173 berufliche Bildung und akademische Bildung gleichermaßen wertvoll. Deshalb
 174 wollen wir dafür sorgen, dass junge Menschen früh eine fundierte
 175 Berufsorientierung, auch an den Gymnasien, erhalten. Dazu braucht es seitens
 176 des Bundes mehr Investitionen in Schulen, aber auch in die frühkindliche
 177 Bildung und die Kitas und eine moderne Ausstattung.

178 6. Gesellschaftszeit für alle einführen

179 Wir setzen uns für eine verpflichtende Gesellschaftszeit für alle jungen
180 Menschen ein – ob bei der Bundeswehr, in Blaulichtorganisationen oder in
181 sozialen Einrichtungen. Auf freiwilliger Basis sollen sich auch ältere Menschen
182 beteiligen können. Eine solche Gesellschaftszeit stärkt den Zusammenhalt,
183 bekämpft Einsamkeit, fördert Integration und eröffnet jungen Menschen
184 Einblicke in soziale Berufe, die unsere Gesellschaft dringend braucht.

185 7. Sozialwirtschaft und Wohnraum zukunftssicher machen

186 Die Sozialwirtschaft ist ein zentraler Partner des Staates. Wir wollen sie durch
187 Bürokratieabbau, Digitalisierung und gezielte Förderprogramme stärken. Ein
188 vom Bund gestarteter Digitalbonus für soziale Einrichtungen – nach dem
189 erfolgreichen bayerischen Vorbild für Unternehmen – könnte Innovationen
190 vorantreiben und die Qualität der Dienstleistungen spürbar verbessern.

191 Gleichzeitig setzen wir uns für eine massive Verbesserung der Situation auf
192 dem Wohnungsmarkt ein. Wohnraum darf kein Luxus sein, sondern muss für
193 alle bezahlbar bleiben. Mit dem „Bau-Turbo“ hat die Koalition einen wichtigen
194 Schritt unternommen: Ein Gesetzentwurf zur Beschleunigung des
195 Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung liegt vor. Jetzt erwarten wir, dass
196 dieser Turbo auch wirklich zündet – mit klaren Fristen und wirksamen
197 Instrumenten, damit Kommunen Bauvorhaben zügig umsetzen können.

198 Besonders wichtig hierbei ist der soziale Wohnungsbau. Im Bundeshaushalt bis
199 2029 sind 23,5 Milliarden Euro Programmmittel vorgesehen – ein Rekordwert,
200 der effizient eingesetzt werden muss, mit Priorität für einkommensschwache
201 Haushalte, Studierende und Familien.